

Ist die Parteienvielfalt ein Risiko für die Stabilität Liechtensteins?

Analyse Christian Frommelt referierte als Abschluss der Parteinovortragsreihe des Liechtenstein-Instituts über deren Profile. Mittlerweile sind es schon deren fünf. Der Politikwissenschaftler sieht diese Vielfalt aber nicht als Stabilitätsrisiko an.

VON HANNES MATT

«Allen Parteien traue ich die Regierungsverantwortung zu», sagte Christian Frommelt während der Diskussion und der Frage, ob die Parteienvielfalt die politische Stabilität der Demokratie und des Landes gefährden können. In den vergangenen Jahren hatte in Liechtenstein ein Umbruch in der politischen Landschaft stattgefunden. Während es früher nur zwei Parteien gab, hat sich deren Zahl mehr als verdoppelt - Parteiaustritte und -spaltungen inklusive. Zuletzt haben die «Demokraten Pro Liechtenstein (DPL) das politische Parkett betreten. «100 Jahre Parteien»: Es war ein hochaktuelles Thema, welchem sich das Liechtenstein-Institut in seiner dreiteiligen Vortragsreihe gewidmet hat. Zum Abschluss hatten sich nochmals rund 50 Personen auf den Kirchhügel begeben, um dort den Ausführungen des Chefs des Liechtenstein-Instituts zu lauschen - darunter viel Prominenz aus Politik- und Wissenschaft, die kräftig mitdiskutierte.

Empirische Analysen

Politikwissenschaftler Christian Frommelt hatte zuvor mithilfe verschiedener empirischer Erhebungen aufgezeigt, inwieweit sich die gestiegenen Anzahl Parteien auf die Landespolitik ausgewirkt sowie wie deren Profile einzuschätzen sind. Das «Manifesto Projekt» - eine internationale Codierung, die Parteien nach ihren Aussagen in ihren Parteiprogrammen etc. in ein Links-rechts-Schema eingliedert - brachte etwa zutage, dass sich die Freie Liste seit ihrer Gründung 1986 von «Links» vermehrt in Richtung «Mitte» bewegt hat. «Da spielen sicherlich auch die Sparpakete mit, denen man sich angepasst hat», wie Frommelt ausführte. Auffällig auch der Blick auf DU: Die Unabhängigen seien von ihrer starken



Die Gründungsquelle sprudelt: Immer mehr Parteien erscheinen auf der politischen Landkarte. Ein Stabilitätsproblem für Liechtenstein? (Fotos: SSI/ZVG)

«Rechts»-Positionierung im 2013 laut «Manifesto»-Daten nun wieder um einiges näher an die «Mitte» herangerückt. Anders als dies von der Bevölkerung wahrgenommen wird, wie Frommelt anhand der Nachwahlbefragung 2017 darstellte. Die überwiegende Mehrheit schätzt die Freie Liste nämlich immer noch entsprechend «links», DU dagegen vermehrt im «rechten» Spektrum. Die beiden Liechtensteiner Volksparteien werden wenig überraschend als «Mitte»-Parteien wahrgenommen - die FBP noch etwas mehr «rechts» als die VU.

Das «freie Mandat»

Weiter hat Frommelt das Abstimmungsverhalten der Landtagsabgeordneten ausgewertet. Seine Arbeitshypothese - «je höher die

Christian Frommelt. (Foto: PT)

Parteienanzahl, desto geringer der Zustimmungswert» - hat sich aber mit Verweis auf entsprechende Zahlen nicht bestätigt. «Der jetzige Landtag ist nicht kontroverser geworden», wie Frommelt erwähnte. Der Zusammenhalt in den Fraktionen sei bei Schlussabstimmungen indes sehr hoch. Sogar der FBP-Abtrünnige Johannes Kaiser hat mit 82 Prozent relativ deutlich mit der Fraktionsmehrheit übereingestimmt, wie Frommelt ausführte. «Obschon im FL im Gegensatz zur Schweiz das Gefühl vorherrscht, dass es die Abgeordneten für wichtig erachten, fraktionsloyal abzustimmen», so der Referent und nennt das hieszulande populäre «freie Mandat» als Schlagwort. «In Liechtenstein gehe ich mit Blick auf die Parteien von einem gemässigten Pluralismus aus», fasste Frommelt zusammen. Und er nannte nochmals die vielen Besonderheiten des Liechtensteiner Parteiensystems. Diese sind überwiegend der Kleinstaatlichkeit zu verdanken. So etwa

die soziale Homogenität («alle sprechen die gleiche Sprache»), der Konsensdruck durch die direkte Demokratie («sonst gibts ein Referendum»), die politische Konsenskultur («der politische Umgangston ist auf gutem Niveau») oder die Dominanz der parteiorientierten Printmedien («der geringer Einfluss neuer Medien»). Weiter positiv: Aufgrund der Corporate-Governance-Politik sei der Klientelismus («Vetterliwirtschaft») zunehmend eingeschränkt worden.

Hinein in die Repräsentationslücke

Weiter gebe es die klassischen Konfliktlinien in Liechtenstein nicht, auch nicht die aufkeimende «Politisierung nationalstaatlicher Grenzen» - und damit die Frage, wie weit Grenzen geöffnet werden sollten. «In Europa haben die Volksparteien insbesondere in der Flüchtlingspolitik Fehler gemacht», führte Frommelt aus. «Sie haben sich aus der Verantwortung gezogen - jeweils mit dem Fingerzeig nach Brüssel (also in die Richtung der EU).» Das hatte zur Folge, dass der Populismus in diese Repräsentationslücke geschlüpft sei, wie Frommelt feststellte. In Liechtenstein spiele das Thema «europäische Integration» in den Parteiprogrammen jedoch so gut wie keine Rolle - dies übrigens im krassen Gegenteil zur Schweiz.

«Als Herausforderung für die Parteien steht heute indes nicht die Ideologie, sondern vor allem deren Organisation im Vordergrund», wie Frommelt während der Diskussion mit den Anwesenden nochmals betonte. Er fasste zusammen: «Das Risiko für die Stabilität rührt meiner Meinung nicht daher, dass wir so viele Parteien haben - sondern eher darin, dass bei den einzelnen Grossparteien eine Individualisierungswelle stattfindet und diese dann zu wenig geschlossen agieren können.» Dies hätten seine Analysen aber nicht bestätigen können. «Ansonsten gibt es ja immer noch die hohe Sperrklausel. Die sorgt schon dafür, dass die eine oder andere nach den Wahlen wieder «verschwindet», wie ein Anwesender mit Blick auf die Parteienanzahl noch passend einwarf.